

Der Markt hat's nicht gerichtet

US-Finanzkrise bedroht die Weltwirtschaft / Rettung nur durch Verstaatlichung

BERLIN – 20.9.2008 (khd). In dieser Woche ist die Welt gerade noch einmal an einer Neuauflage der Weltwirtschaftskrise von 1929 vorbeigeschrammt. Hoffentlich. Denn die in den USA – vor allem mit der Erfindung von immer neuen kommerziellen Perpetuum mobiles¹ – produzierte Finanzkrise von 2007/08 ist noch nicht so ganz ausgestanden. Bislang hat sie in Europa kaum die reale Wirtschaft erreicht. Aber das kann noch kommen.

Die ebenfalls in den USA ausgelöste Krise von 1929 hatte in allen wichtigen Industrie-Nationen massive negative Folgen wie Zusammenbrüche von sehr vielen Firmen, Massenarbeitslosigkeit und Deflation gehabt. Menschen gerieten in sehr große soziale Not. Vor diesem Hintergrund erstarkte damals in Deutschland der Nationalsozialismus. Und wir kennen alle das fatale Ergebnis. Ein derartiges Szenario muß auf jeden Fall verhindert werden.

Nun haben uns Politiker aller Couleur nach

¹ Jeder naturwissenschaftlich Gebildete weiß, daß es aufgrund von Naturgesetzen der Thermodynamik keine solchen Perpetuum mobiles geben kann. Erfinder von P. m. sind daher immer Betrüger. Und Finanz-Derivate sind kommerzielle Perpetuum mobiles.

² US-Präsident George W. Bush ist auch für den Irak-Krieg verantwortlich. Und dieser Krieg wird mit seinen Folgen die USA mit rund 3.000 Mrd. US-Dollar belasten, wie unlängst Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz ausrechnete.

„Der größte Dilettant sitzt in Washington.“

Das sagte Altkanzler Helmut Schmidt
am 22. September 2008
in der ARD. [mehr]²

dem 2. Weltkrieg immer wieder erklärt, daß sich eine derartige Weltkrise nie mehr wiederholen könne. Denn es seien seit den 1950er-Jahren viele marktregulierende Instrumente und markt-kontrollierende Institutionen (wie der IWF, die WTO, OECD, SEC, Weltbank, EZB und BaFin) eingeführt worden. Aber

dennoch kam es immer wieder zu Krisen auf Teilmärkten, bei denen es der internationalen Politik nicht gelang, sie zu verhindern.

USA setzte stur aufs Laissez-faire

Zwar gilt die Subprime-Krise von 2007 (US-Immobilienkrise) als Auslöser für die gegenwärtige Bank- und Finanzkrise. Wären aber alle Finanzmärkte nach rationalen Kriterien reguliert und kontrolliert worden – wie das das ‚gute alte Europa‘ immer wieder verlangte, wären die jetzt aufgetretenen Folgen wie die Pleite von Lehman Brothers in den USA oder HBOS in Großbritannien sowie die daraus resultierenden starken Schockwellen mit entsprechenden Verlusten auch hierzulande vermeidbar gewesen.

„Credit crisis shows current financial regulation suboptimal, duplicative, and outdated.“

Das sagte US-Finanzminister Henry Paulson am 19. September 2008, nachdem er den Plan zur Überwindung der Finanzkrise durch staatliche Übernahme aller faulen Kredite angekündigt hatte.

Es waren aber die Regierungen der USA unter der Präsidentschaft eines George W.

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research).

Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügeltel Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- ▶ *Der Markt reguliert sich selbst.*
- ▶ *Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.*
- ▶ *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.*
- ▶ *Verstaatlichung ist Sozialismus.*
- ▶ *Von der Globalisierung profitieren alle.*
- ▶ *Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.*
- ▶ *Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.*
- ▶ *Jede(r) ist seines Glückes Schmied.*
- ▶ *In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.*

Bush und von Großbritannien unter Tony Blair, die in den letzten Jahren jegliche Forderung nach Transparenz und soliden Spielregeln für die immer obskurer agierenden Finanzmärkte verhinderten. Der Markt werde das schon von sich aus richten, verteidigten sie ihre sture Haltung auf etlichen Gipfeln – zuletzt 2007 auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm.

³ 25 % Jahresrendite lassen sich mal mit Wettgewinnen (den aber bei anderen immer gleich hohe Verluste gegenüberstehen) erzielen. In der Realwirtschaft gefordert, führt das immer zu den bekannten Heuschrecken-Folgen für Unternehmen und Mitarbeiter.

⁴ US-Börsenguru Warren Buffett stellte fest, Finanz-Derivate seien „wie nuklearer Sprengstoff“. Dann ist aber das Anwenden solcher Massenvernichtungswaffen (nach IWF-Angaben waren im Dezember 2007 Derivate im Volumen von 596.000 Mrd. US-Dollar im Umlauf!) nichts anderes als Finanz-„Terrorismus“, der allerorten Angst und Schrecken verbreitet.

Finanz-„Terrorismus“ endlich stoppen

Wir (und auch die nichthandelnden Politiker) haben nun erneut lernen müssen, daß in den USA die Selbstregulierungskräfte des Marktes angesichts von ungezügelter Geldgier nicht ausreichten, um ein Desaster zu verhindern. Die ganzen neoliberalen Wirtschaftstheorien wurden durch die Realität ad absurdum geführt. So blieb jetzt nur noch die Verstaatlichung der Spekulationsbanken und der Schulden, um noch Schlimmeres – wie 1929 – zu verhindern

Aber dann müssen die Politiker endlich diese Irren aus der Finanzwelt samt Jongleuren und Hedge-Fonds mit ihren 25%-Renditeforderungen³ an die regulatorische Kette legen. Sonst wird dieser angelsächsische Finanz-„Terrorismus“⁴ bei der nächsten Krise die ganze Welt doch noch ins Unglück stürzen. [Kommentar][11]

Globaler Sicherungsfonds vonnöten

BERLIN – 25.9.2008 (wop). Es stellt sich jetzt natürlich auch die Frage, ob das von den Banken verzockte Geld nicht einfach zurückgeholt werden kann, bevor der Staat alle Ausfälle sozialisiert. Schließlich sei das Geld ja noch vorhanden, es habe nur den Besitzer gewechselt, ist zu hören. Zwar ist im Computer-Zeitalter eine solche Rückabwicklung durchaus *technisch* vorstellbar, das würde aber das bestehende Finanzsystem völlig in Frage stellen.

Zur Krisenvermeidung sollte es aber in der Zukunft sehr wohl möglich sein, einen Ausgleich für Fehlgeschäfte zu schaffen. Dazu müßte beispielsweise bei der Weltbank ein globaler Sicherungsfonds eingerichtet werden, in die alle Banken von jeder Transaktionen einen bestimmten Anteil einzuzahlen hätten. Erinnert sei auch an die Ergebnisse der Enquete-Kommission [02] „Globalisierung der Weltwirtschaft“ von 2002. [Wie ging es weiter][14]

Globalisierung der Weltwirtschaft

Eine Bundestags-Kommission arbeitete / Erinnerung an die Empfehlungen von 2002 zu den Finanzmärkten

BERLIN – 28.9.2008 (khd). Es ist schon etwas in Vergessenheit geraten. Aber das deutsche Parlament hat schon vor Jahren seine Schularbeiten in Sachen Verbesserung des globalen Finanzsystems gemacht.

Im Dezember 1999 setzte der Bundestag eine Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ ein. In zweieinhalb Jahren erarbeiteten Experten und Abgeordnete Empfehlungen für die notwendigen Reaktionen der Politik auf die Auswirkungen der Globalisierung. Im Juni 2002

legte die Kommission den Schlußbericht vor (Bundesdrucksache 14/9200).

Die 200 Handlungsempfehlungen richteten sich nicht nur an die Bundesregierung, sondern auch an die Europäische Union. Leider konnte von den 18 Empfehlungen, die die Finanzmärkte betreffen, bislang kaum etwas realisiert werden. Angesichts der globalen „Finanzkrise“, die ja eigentlich eine Krise des Kapitalismus‘ ist, gibt es jetzt eine Chance, auf der europäischen Ebene doch noch voranzukommen.

Zu den Finanzmärkten ergangene Empfehlungen

[Aus der Bundesdrucksache 14/9200] [01]

Notiert sind hier die Überschriften der 2002 von der Enquete-Kommission gemachten Empfehlungen, wobei einige Erläuterungen hinzugefügt wurden.

1. *Geldwäsche wirksam bekämpfen.*
2. *Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen und breiter Schichten der Bevölkerung sichern (Basel II).*
3. *Die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen an Unternehmen angemessen berücksichtigen.*
4. *Das Financial Stability Forum weiterentwickeln.*
5. *Den Einfluss informeller Politik begrenzen.*
6. *Einen einheitlichen, europäischen Finanzmarkt schaffen.*
7. *Stabilitäts-, Beschäftigungs- und Wachstumspolitik in der Europäischen Währungsunion besser verzahnen.*
8. *Für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer („Tobin-Steuer“) und die Aufrechterhaltung von Möglichkeiten zur Kontrolle kurzfristiger Kapitalbewegungen.*
9. *Die Beteiligung des privaten Sektors*
- („Private Sector Involvement“) bei der Vorbeugung und Bewältigung von Finanzkrisen stärken.*
10. *Offshore-Zentren zur Kooperation veranlassen.*
11. *Verbesserte Aufsicht über Hedge-Fonds.*
12. *Die Institutionen von Bretton Woods nicht schwächen, sondern reformieren.*
13. *Gender Budgets.*
14. *Nachhaltiges Investment unterstützen.*
15. *Die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufstocken.*
16. *Die Entschuldung hochverschuldeter, armer Länder („HIPC-Initiative“) fortsetzen und Schuldendienst an der Tragfähigkeit bemesen.*
17. *Eine internationale Insolvenzregelung entwickeln.*
18. *Frauen in die Entwicklungsfinanzierung aktiv einbeziehen („Mikrokredite“).*

Nun schlägt Europas Stunde

BERLIN – 29.9.2008 (khd). Diese deutsche Vorarbeit [01] sollte jetzt von der Europäischen Union (EU) genutzt werden. Zwar müssen nun schleunigst die Probleme der Weltwirtschaft [10] gelöst werden, in die uns die gierige USA stürzten. Es ist aber eine gute Idee, wenn die EU zunächst mit guten Beispiel vorangeht und schon mal für den europäischen Finanzmarkt *einheitliche* Spielregeln festlegt.

Nach dem Crash vom 15. September 2008 bestehen im Europäischen Rat gute Chancen für eine Einigung, denn der bisherige Hauptbremsen Großbritannien hat sich bereits für eine energischere Regulierung der Finanzmärkte ausgesprochen.

Sicher wird man die deutschen Erkenntnisse von 2002 [01] noch einmal prüfen und ergänzen müssen, wo es aus heutiger Sicht erforderlich ist. Besonders wichtig wird aber sein, daß *alle* Finanz-Unternehmen – also auch die Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds oder Bank-Töchter außerhalb der Bilanz („Schattenbanken“) – den gleichen Vorschriften für das Verhalten von ausreichend Eigenkapital und das zulässige Ausmaß der Verschuldung sowie Berichtspflichten unterliegen. Das zu erreichen, wäre ein bedeutender erster Schritt.

Es kann sehr gut sein, daß einmal in Geschichtsbüchern vom Weitblick europäischer Politiker in den 1990-Jahren gesprochen wird. Denn Europa (und damit auch Deutschland) haben ein großes Glück, daß es mit dem Euro rechtzeitig eine eigene Leitwährung eingeführt hat.

Damit hat sich Europa währungs- und finanzpolitisch in vielfacher Hinsicht von den USA unabhängiger gemacht. Das sollte jetzt ein wichtiger Vorteil sein, muß aber durch

eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik unterfüttert werden. Hier haperte es in den letzten Jahren noch sehr. 2009 sind Europa-Wahlen, und da wollen die 500 Mio. EU-Bürger endlich Ergebnisse sehen.

Mit Totalgarantie neues Vertrauen bilden

BERLIN – 1.10.2008 (pep). Bankkunden leben jetzt in ständiger Angst, ihr angelegtes Geld zu verlieren, nur weil die Staatsregierungen die gesamte Finanz-Industrie zwar hofierte aber nicht ausreichend reguliert und kontrolliert haben.

Das gilt zwar vor allem für die USA, aber auch in der Europäische Union (EU) liegt die Kontrolle im argen. Insofern haben auch die EU-Staaten eine Bringschuld gegenüber ihren Bürgern. Zwar gibt es bereits Sicherungsfonds, aber wann und was die zahlen bleibt nebulös. Auch Nachfragen bei Ban-

ken bleiben nur im Ungewissen. Und deshalb wächst und wächst das Mißtrauen.

Irland hat heute Nägel mit Köpfen gemacht und eine Totalgarantie für alle Privatkonten für 2 Jahre ausgesprochen.

Mit dieser vertrauensbildenden Maßnahme soll vor allem einer möglichen Panik der Bankkunden – einem ‚bankrun‘ – vorgebeugt werden. Alle EU-Staaten täten gut daran, diesem Beispiel schnellstens zu folgen. Denn diese unbeschränkte Staatsgarantie kostet zunächst einmal nichts, würde aber bei weiteren Bankcrashes die drohende Wirtschaftskrise mit weitaus schlimmeren Folgen weniger wahrscheinlich machen.

Deutschland sollte recht schnell dem irländischen Beispiel folgen und damit ein Signal für die EU-

„Der US-Kapitalismus entpuppt sich als gigantisches Schneeballsystem.“

Das schreibt der SPIEGEL in seiner Ausgabe 40/2008 vom 29.9.2008. [20]

Kommission geben. Geling es doch der schwarz-roten Bundesregierung am letzten Wochenende in einer Hauruck-Aktion in nur einer Nacht, eine Bürgschaft in Höhe von 26,6 Mrd. Euro für die angeschlagene Hypo Real Estate [24] auszusprechen – um Schlimmeres zu verhindern, wie es hieß. Da sollte den Regierenden ihr Volk genauso viel wert sein, wie es die ‚windigen‘ Banken SachsenLB, IKB und jetzt die Hypo Real Estate waren, zumal es hierzulande noch so einige Wackel-Banken gibt. Oder müssen die Bankkunden erst mit dem massiven Geldabheben beginnen?

Vertrauen total verspielt

BERLIN – 4.10.2008 (khd). Auch deutsche Banken genießen angesichts der Krise sowie des Lastschrift-Skandals [22] und des Pfusches bei Überweisungen [23] kein Vertrauen mehr – sie haben es selbst total verspielt. In „Spiegel-Online“ hieß es gestern [21]: „**Wir Deutsche haben den Banken stets vertraut. Warum eigentlich? Ihre schönen Slogans waren schon immer eine Lüge.**“

Und so manche Kunden werden nun den Lügen aus dem Weg gehen und sich ans gute alte Bargeld erinnern. Das heißt, jeden Monat werden sie alles nicht für monatliche Überweisungen benötigtes Geld vom Konto sofort abheben und verbrauchen. Das erspart außerdem die Abgeltungssteuer und kurbelt auch noch die deutsche Wirtschaft (Inlandsnachfrage) an.

Schon wieder eine Lüge aufgefliegen

BERLIN – 5.10.2008 (khd/info-radio). Die Banker können noch nicht einmal Schulden korrekt zusammenzählen! Die „Welt am Sonntag“ meldet heute vorab, daß das am vorigen Wochenende von Bund und Banken gezeichnete Rettungspaket von 35 Mrd. Euro nicht ausreicht. Die Hypo Real Estate benötigt danach bis Ende des Jahres 50 Mrd. Euro und bis Ende 2009 mindestens 100 Mrd. Euro, um ein Fortbeste-

hen zu sichern. Daraufhin zogen gestern die Banken ihre bisherigen Kreditzusagen zurück, womit die Rettung der Hypo Real Estate geplatzt ist.

Die große Frage ist nun, ob die Bundesregierung einspringen wird oder diese Spekulationsbank zur deutschen ‚Lehman Brothers‘ mit schlimmen Folgen für deutsche Pfandbriefe (beliebte Anlage zur Alterssicherung!) abschmiert, d. h. die BaFin die Bank (am Montag) schließt. Vermutlich wird aber die Bundesregierung nicht umhinkönnen, die Hypo Real Estate samt irischer Tochter DEPFA zu verstaatlichen. Wir werden sehen, was dieser Sonntag [5.10.] bringt . . .

Auch Deutschland setzt auf eine Totalgarantie

BERLIN – 5.10.2008 (khd/ard/d-radio). Die Bundesregierung gab heute zunächst eine staatliche Totalgarantie für alle privaten Spareinlagen (nach dem irischen Vorbild) ab, um hierzulande einem ‚Bankrun‘ am Montag [6.10.2008] vorzubeugen. Die durch nahezu kriminell agierende Bankmanager entstandene Situation sei dramatisch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, heißt es.

Immerhin habe der deutsche Markt für die bislang als besonders sicher geltenden Pfandbriefe ein Volumen von um die 900 Mrd. Euro, und dieser könne durch eine Pleite der DEPFA plus Hypo Real Estate total ‚explodieren‘. Die Bundesregierung und die Banken müssen daher in einer Krisensitzung bis Mitternacht eine tragfähige Rettungslösung finden.

„Stabilität des Systems“ gesichert?

BERLIN – 6.10.2008 (khd/d-radio). Das Banken-Konsortium hat gestern rechtzeitig das Rettungspaket für die Hypo Real Estate (HRE) um 15 Mrd. Euro aufgestockt, so daß jetzt 50 Mrd.

Euro Kreditzusage zur Verfügung stehen. Der Bund gibt (zunächst) kein Geld dazu, bürgt aber weiterhin für 26,6 Mrd. Euro der Kredite. Eine staatliche Übernahme der HRE hatte die Bundesregierung angesichts des „totalen Versagens“ des Bankmanagements abgelehnt. Die Bundes-Bürgschaft sei daher keine Bürgschaft für die Bankmanager, sondern für die „Stabilität des Systems“, heißt es. Die für die Bankkrise verantwortlichen Manager sollen zur Rechenschaft gezogen werden [Ed: was schon beim Berliner Banken-Skandal nicht so recht klapperte...].

Da folgt wohl noch mehr

BERLIN – 6.10.2008 (khd/info-radio/sp). Es gibt deutsche Banker, die sagen jetzt, sie hätten „noch nie in einen so tiefen Abgrund geschaut“. Dennoch ist es bislang noch keinem dieser famosen Bankmanager eingefallen, sich für ihr unverantwortliches Handeln bei den Deutschen zu entschuldigen.

An den Börsen ist die Rettung der Hypo Real Estate heute verpufft. Die Kurse stürzen weiter ab – auch in den USA, trotz des am Freitag [3.10.2008] verabschiedeten US-Rettungspakets. Die Finanzmärkte trauen den Rettungsbemühungen nicht. Unter-

dessen arbeitet die Bundesregierung an einem „Plan B“, um einen „Schutzschirm“ für die deutschen Finanzmärkte zu schaffen. Man komme nun „mit Lösungen von Fall zu Fall“ nicht mehr weiter, so Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD). Details nannte er nicht.

Europa tut sich mal wieder schwer

BERLIN – 7.10.2008 (khd/d-radio). Die Finanzminister der Eurozone einigten sich gestern am späten Abend in Luxemburg darauf, „alle systemrelevanten Finanzinstitute“ vor der Pleite zu retten [25]. Für die Rettung der Banken müßten aber die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene sorgen, heißt es. Es verwundert schon sehr, daß jetzt in der Europäischen Union (EU) kein gemeinsamer Garantieschirm für Banken verabredet werden soll. Wollten wir im geeinten Europa nicht alles gemeinsam bewältigen – auch solche dramatischen Krisen in der (gemeinsamen) Wirtschaft?

Zinssenkung verpuffte

BERLIN – 8.10.2008 (khd/info-radio). In einer konzertierten außergewöhnlichen Aktion werden von 6 internationalen Notenbanken die Leitzinssätze gesenkt. So setzten die Europäische Zentralbank (EZB)

Alle bislang erschienenen Teile des Krisen-Tagebuchs

0. Teil: »Der Markt hat's nicht gerichtet«.

Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftspolitik.

Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)

1. Teil: »Und die Finanzkrise geht weiter«.

Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.

Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)

2. Teil: »Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise«.

Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.

Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)

3. Teil: »Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten«.

Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.

Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)

und die Bank of England den Zins um 0,5 % absolut herab. Die EZB erreicht damit in der Euro-Zone 3,75 % (vorher 4,25 %). Die Federal Reserve der USA (Fed) ging von 2,0 auf 1,5 % herunter. An der Aktion beteiligten sich auch die Notenbanken der Schweiz, China und Kanada. Japan beteiligte sich nicht.

An den Börsen verpuffte jedoch der Zinssenkungseffekt, da sich die Banken untereinander noch immer nicht trauen. Vielleicht müssen die Notenbanken für eine gewisse Zeit auf einen Zinssatz nahe 0 % heruntergehen, um den Geldmarkt (Kapitalaustausch zwischen den Banken) wieder anzukurbeln.

Steinbrück hat einen 8-Punkte-Plan

BERLIN – 9.10.2008 (khd/sp). Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) will die anderen führenden Industrieländer für schärfere Regeln für die Finanzmärkte gewinnen. Für die G7-Verhandlungen am kommenden Wochenende in Washington hat er einen 8-Punkte-Plan mit deutschen Forderungen erarbeiten lassen. Die Einführung einer Spekulationssteuer (Tobin-Steuer) kommt da nicht vor. [26]

Zum Nutzen für alle Menschen

BERLIN – 10.10.2008 (khd/sp). Im SPIEGEL-Interview [27] sagte gestern Ökonomieprofessor Muhammad Yunus und

Gründer der Grameen Bank für Mikrokredite zum bestehenden Finanzsystem: „Bislang geht es immer nur um Gewinnmaximierung und Wachstum – aber das führt zu dem, was wir gerade erleben.“

Der Nobelpreisträger plädiert deshalb dafür, neben dem Anreiz der Profitmaximierung auch soziale Anreize zur Erzielung eines höchst möglichen Nutzen für alle Menschen ins internationale Finanzsystem einzuführen. Dann wären die Märkte ausbalancierter als heute. Wohl wahr, aber wie macht man das am besten?

Verstaatlichung soll's nun richten

BERLIN – 10.10.2008 (khd/info-radio). Da es an den internationalen Börsen trotz aller bisherigen Maßnahmen nun schon tagelang zu massiven Kursabstürzen kommt, wird der Ruf nach zeitweiser Verstaatlichung der Banken immer lauter. Offensichtlich arbeiten die Börsianer am Herbeiführen einer Weltwirtschaftskrise.

Die Bundesregierung erklärte heute, auf Verstaatlichung von Banken vorerst verzichten zu wollen. Großbritannien will zur weiteren Vertrauensbildung Anteile an 8 Banken kaufen und damit teilverstaatlichen. Auch Frankreich, Spanien und Italien planen ähnliche Schritte. Aber was ist, wenn das auch nicht funktioniert? *)

*) Siehe Anmerkung auf Seite 9 unten.

Mehr zu diesem Thema:

- [01] [12.06.2002: Kapitel „Finanzmärkte“ aus dem Schlußbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“) (DEUTSCHER. BUNDESTAG, Drucksache 14/9200)
URL: http://www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/2.pdf
- [02] [25.06.2002: Bundestags-Kommission fordert die Tobin-Steuer] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_01.html#Tobin
- [03] [24.04.2005: Geißler: Das ist „Anarcho-Kapitalismus“] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_03.html#Gier_2
- [04] [25.04.2005: Die „Heuschrecken“ kommen] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Facts/Pol_Facts_2.html#Fonds

- [05] [17.12.2005: EZB-Warnung an die Hedgefonds-Finanziers] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_07.html#SP_2
- [06] [20.04.2006: Hedgefonds: Angst vor einem Desaster] (DIE ZEIT)
URL: http://t-off.khd-research.net/Zeit/5.html#Heuschrecken_1
- [07] [20.04.2006: Fonds und Investment-Banken wehren sich gegen Regulierung] (DIE ZEIT)
URL: http://t-off.khd-research.net/Zeit/5.html#Heuschrecken_1b
- [08] [07.02.2007: USA torpedieren globale Hedgefonds-Polizei] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_11.html#SP_7
- [09] [14.05.2008: Köhler bezeichnet Finanzmärkte als „Monster“] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#SP_1
- [10] [30.05.2008: Finanzmärkte dürfen uns nicht regieren] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#TASP_1
- [11] [15.09.2008: Folgen katastrophaler US-Wirtschaftspolitik] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#WELT_2k
- [12] [16.09.2008: Sozialismus für die Reichen] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#TASP_1
- [13] [16.09.2008: Die Systemkrise kommt im Eiltempo] (NEUES DEUTSCHLAND)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#ND_1
- [14] [16.09.2008: Und die Finanzkrise geht weiter] (khd-research). In diversen Fortsetzungen.
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#WELT_2kk
- [15] [19.09.2008: US-Regierung plant riesige Auffanggesellschaft] (HANDELSBLATT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html#HBI_1
- [16] [20.09.2008: Merkel fordert wegen Finanzkrise mehr Markttransparenz] (YAHOO-NEWS)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_15.html
- [17] [22.09.2008: Finanzmärkte: Kurz vor dem Kollaps] (SPIEGEL – 39/2008, Seite 76)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_16.html#SP_1
- [18] [27.09.2008: Heiner Geißler (CDU) im Interview] (HNA)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_17.html#HNA_1
- [19] [28.09.2008: Krisenexperte Nouriel Roubini im Interview] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_17.html#TASP_1
- [20] [29.09.2008: US-Finanzkrise: Der Offenbarungseid] (SPIEGEL – 40/2008, Seite 20)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_17.html#SP_1
- [21] [03.10.2008: Hedgefonds shorten, bis der Arzt kommt] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_18.html#SP_1
- Nachträge:** (nicht chronologisch sortiert)
- [22] [17.08.2008: Kein Verlaß mehr auf Banken] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News17.html#4>
- [23] [12.09.2008: Raubzug per Überweisung] (khd-Page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News17.html#8>
- [24] [04.10.2008: Hypo Real Estate kämpft ums Überleben] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_18.html#SP_2
- [25] [06.10.2008: Euro-Finanzminister wollen Banken vor Pleiten retten] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_18.html#SP_6
- [26] [09.10.2008: Steinbrück fordert Acht-Punkte-Plan für den Finanzmarkt] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#SP_2

- [27] [09.10.2008: Nobelpreisträger Muhammad Yunus im Interview] (SPIEGEL ONLINE)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_19.html#SP_3
- [28] [22.03.2008: Angst und Gier zerfressen das Finanzsystem] (DIE WELT)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_13.html#WELT_1
- [29] *)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 590 der Ausgabe der »khd-Page« vom 21. September 2008 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News17.html#9>.

*) Im »Krisen-Tagebuch« (PM 069) wird diese Berichterstattung zur Finanzkrise und den fatalen Folgen fortgesetzt. Die URL dieses PDF-Dokuments ist unter [29] notiert.